(2) Bei der Bekämpfung von Ölhavarien sind die Organe der Gewässeraufsicht verpflichtet, die fachliche Beratung der jeweiligen Leitung am Ort der Havarie zu übernehmen.

(3) Die Projektierungseinrichtungen und Hersteller von Anlagen, mit denen öle erkundet, gefördert, verarbeitet, hergestellt, gelagert, umgeschlagen bzw. transportiert werden, sind verpflichtet, die Bestimmungen dieser Verordnung streng zu beachten und im Dokument der Schutzgüte nachzuweisen. Sie haben zu sichern, daß im Rahmen ihrer Lieferungen und Leistungen allen Betreibern ausführliche Betriebsvorschriften und Hinweise für das Betreiben der Anlagen und das Verhalten bei auf tretenden Havarien übergeben werden.

§ 4

Unabhängig von den im § 2 allen Betreibern übertragenen Aufgaben und Pflichten sind im Interesse einer schnellen Abwendung von Gefahren für die Bevölkerung und Vermeidung größerer Schäden in der Volkswirtschaft für die Bekämpfung von Ölhavarien speziell verantwortlich:

- a) die Brandschutzorgane für die Durchführung operativer Sofortmaßnahmen im jeweiligen Einsatzbereich
- b) das Amt für Wasserwirtschaft auf stehenden und fließenden Oberflächengewässern einschließlich der Küstengewässer und des Strandes
- c) das Ministerium für Verkehrswesen auf Autobahnen, Fernverkehrsstraßen, Wasserstraßen gemäß § 6 Abs. 2 des Wassergesetzes vom 17. April 1963 (GBl. I S. 77) und auf dem Gelände der Deutschen Reichsbahn
- d) die örtlichen Organe der Staatsmacht mit den nachgeordneten Betrieben und Einrichtungen des Straßenwesens auf den Straßen ihres Zuständigkeitsbereiches.

§ 5

Alle Staatsorgane, in deren Verantwortungsbereich Anlagen gemäß dieser Verordnung betrieben werden, und die, die eine spezifische Verantwortung für die Bekämpfung tragen, sind verpflichtet, die zur Verhütung und Bekämpfung von "Ölhavarien erforderlichen Maßnahmen einzuleiten und zu kontrollieren. Hierzu gehören insbesondere

- die Beschaffung und Einlagerung von Spezialgeräten und -mitteln
- die Vorbereitung von Einsatzkräften und
- die Ausarbeitung von Einsatzdokumenten.

§ 6

(1) Soweit eine Wiederverwendung oder Verbrennung der öle und des mit öl verunreinigten Erdreiches bzw. anderer Stoffe nicht möglich ist, hat die Deponierung so zu erfolgen, daß keine weitere Gefährdung eintreten kann.

(2) Die Räte der Kreise haben in Zusammenarbeit mit den Organen der Gewässeraufsicht, der Staatlichen Hygieneinspektion und den Bezirksstellen der Geologie Deponierflächen auszuwählen und die Bedingungen der Errichtung und Nutzung festzulegen.

§ 7

(1) Betreiber, die Ölhavarien verursachen, sind verpflichtet, Bürgern und Betrieben der Deutschen Demokratischen Republik die sich daraus ergebenden Personen- und Sachschäden zu ersetzen.

(2) Eine Ersatzpflicht ist in dem Umfange ausgeschlossen, in dem der Schaden durch das schuldhaftes Verhalten des Geschädigten verursacht wurde oder auf unabwendbare Gewalt zurückzuführen ist.

(3) Der Anspruch auf Schadenersatz verjährt in 2 Jahren von dem Zeitpunkt der Kenntnis des Schadens und des Verursachers an gerechnet.

§ 8

Betreiber, die Ölhavarien verursachen, sind verpflichtet, die Aufwendungen, die den Staatsorganen im Zusammenhang mit der Wahrnehmung der nach § 4 obliegenden Aufgaben entstanden sind, zu erstatten.

§ 9

(1) Alle Betreiber sind verpflichtet, in ihrem Verantwortungsbereich aufgetretene Gefahrensituationen oder Ölhavarien unverzüglich der zuständigen Dienststelle der Deutschen Volkspolizei und dem Gewässeraufsichtsorgan mitzuteilen.

(2) Wahrnehmungen und Feststellungen der Bürger über Ölhavarien bzw. Gefahrensituationen sind unverzüglich der nächsten erreichbaren Dienststelle der Deutschen Volkspolizei oder dem Bürgermeister zu melden.

§ 10

Der Minister des Innern und Chef der Deutschen Volkspolizei ist berechtigt,

- a) die Leiter der zuständigen zentralen Staatsorgane zu beauftragen, spezifische Fragen der Verhütung und Bekämpfung von Ölhavarien einer der wissenschaftlich-technischen Entwicklung entsprechenden Lösung zuzuführen
- b) die Durchführung dieser Verordnung zu kontrollieren.

§ 11

Die Leiter der zuständigen zentralen Staatsorgane erlassen für ihren Bereich im gegenseitigen Einvernehmen die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Rechtsvorschriften und gewährleisten, daß in ihrem Bereich alle Ölhavarien statistisch erfaßt und ausgewertet werden.

§ 12

Diese Verordnung tritt am 1. April 1969 in Kraft.

Berlin, den 19. Februar 1969

**Der Ministerrat
der Deutschen Demokratischen Republik**

St o p h
Vorsitzender